



VORGABE

# Die Europäische Lieferkettenrichtlinie: Ein bürokratisches Ungeheuer?

Nach langem Hin und Her haben sich die europäischen Mitgliedstaaten mehrheitlich auf eine Lieferkettenrichtlinie geeinigt. Diese Vorgabe zielt darauf ab, die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Kontext der Nachhaltigkeit verbindlich zu regeln.

Unternehmen ab einer bestimmten Größe müssen nun die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltnormen in ihren weltweiten Lieferketten dokumentieren und belegen, um sich nicht direkten Haftungsrisiken auszusetzen.

Es ist positiv zu bewerten, dass man sich auf eine europäische Lösung geeinigt hat, statt dass jedes Land eigene Gesetzgebungen auf den Weg bringt. Eine solche Zersplitterung hätte die mögliche weltweite Wirksamkeit dieser Maßnahme untergraben.

Kritische Stimmen sehen in dieser Richtlinie einen weiteren Versuch, die europäischen Moralvorstellungen zu exportieren, was historisch gesehen oft erfolglos blieb. Die Verantwortung wird damit von den politischen Entscheidungsträgern auf die Unternehmen und indirekt auf die Verbraucher übertragen.

**so müssen die Unternehmen das Klima retten, Menschenrechte durchsetzen, und für allmögliche politische Sagen gerade stehen.“**

In Ermangelung an politischem, militärischem oder diplomatischem Einfluss auf der Weltbühne, ist es für Europa zur Gewohnheit geworden, seine Unternehmen bei der Umsetzung politischer Wertvorstellungen in den Vordergrund zu stellen. Die Wirtschaft repräsentiert bislang die einzige global relevante Größe des Kontinents. Gleichzeitig beruhigen die Regierungen so die florierende "Gutmenschenindustrie", bei deren Protagonisten das "Gefühl, das Richtige zu tun", oft als einziger Maßstab gilt und die Auswirkungen und Kollateralschäden einer solchen moralgeleiteten Politik in- und ausserhalb Europas oft genug einfach ausgeblendet werden.

Missverständnisse sollten vermieden werden: Es geht nicht darum, Menschenrechte oder Umweltschutz in Frage zu

stellen. Gleiche Spielregeln für alle Marktteilnehmer wären ideal für ein funktionierendes Wirtschaftssystem. Eigentlich wäre es Aufgabe der Weltgemeinschaft, einheitliche Spielregeln festzulegen und deren Einhaltung zu überwachen. Leider befindet sich die Weltgemeinschaft in einem bedauerlichen Zustand, und das globalisierte Miteinander ist durch zahlreiche Konflikte gefährdet, was besonders für transnationale Herausforderungen wie den Kampf gegen den Klimawandel oder den Schutz der Menschenrechte schlechte Nachrichten sind.

Die politische Wirkkraft Europas ist symbolischer Natur, und die Durchsetzung seiner Moralvorstellungen erfolgt wirtschaftlich. Obwohl klar ist, dass hierdurch ein zusätzliches bürokratisches Monster geschaffen wird, darf bezweifelt werden, dass diese Richtlinie die Realitäten in den Zielländern und die Lebensumstände der dortigen Bevölkerung verbessern wird.

Gesichert ist, dass der administrative Aufwand steigen wird, das Risikomanagement nur mehr schwer zu handhaben sein wird, und dass die Transaktionskosten innerhalb der Wertschöpfungsketten europäischer Unternehmen durch die Decke schiessen werden.

Ob diese zusätzliche Richtlinie Drittstaaten zu mehr Nachhaltigkeit zwingen kann, bleibt fraglich. Dort wo die Politik seit Jahren versagt, sollen es nun die Unternehmen und die Verbraucher richten.

Das Europäische Parlament wird die Richtlinie noch vor den EU-Wahlen zu verabschieden. Jedes Land muss diese innerhalb der nächsten zwei Jahre in nationales Recht umsetzen.

Ab 2027 gelten die Vorgaben der Richtlinie dann für Unternehmen mit mindestens 5.000 Mitarbeitern und 1,5 Milliarden Euro Umsatz. 2028 sind Unternehmen mit 3.000 Mitarbeitern und 2029 Unternehmen mit 1.000 Mitarbeitern und 450 Millionen Euro Umsatz betroffen.

Diese Unternehmen bürgen dann für ihre gesamte Lieferkette, vom ursprünglichen Rohstoff bis zum finalen Produkt. Es wäre naiv zu glauben, dass die betroffenen Unternehmen die Last nicht an kleinere und mittlere Unternehmen weiterreichen werden.



MAGAZINE  
EDITO

Gerade in einem Moment, in dem Europa über bürokratische Entlastung spricht, wurde ein weiteres bürokratisches Ungeheuer entfesselt. Viele Handwerksunternehmen sind in komplexe Lieferketten eingebunden und sehen sich steigenden Dokumentationspflichten, zusätzlichen Kosten und kontraktuellen Haftungsrisiken gegenüber.

Europa trägt moralische Ansprüche in die Welt, ohne auch nur im Ansatz über das politische Gewicht zu verfügen, um diese durchzusetzen. Also müssen die Unternehmen das Klima retten, Menschenrechte durchsetzen, und für allmögliche politische Versagen gerade stehen.

Vielleicht bleibt den Unternehmen zwischendurch auch etwas Zeit, um Europa als Raum von Sicherheit und

Wohlstand zu erhalten, so wie es die Politik ihren Bürgern versprochen hat.

Die luxemburgische Regierung verfügt bei der Umsetzung der Richtlinie über einen begrenzten Handlungsspielraum. Es bleibt abzuwarten, wie dieser genutzt wird.



Fédération des Artisans  
c.reuter@fda.lu  
+352 42 45 11 - 28  
fda.lu